

Newsletter 10/2019



VEREIN
OFFENES
SCHERLI

Jahr 4 | Ausgabe 10
Dezember 2019

• In Deine Agenda:

Erste Freitagstreffs 2019:

3. Januar, 7. Februar, 6. März,
3. April); Fussball, jeweils am
Samstag ab 10.00 Uhr;
Mitgliederversammlung
(Einladung folgt)

• Editorial (S. 1)

• Freitagstreff (s. 2)

• Samstags-Fussball (s. 3)

• Zwischenbilanz nach 4 Jahren I (s.4) und II (s.8)

• Wir betteln wieder: s.8

Freitagstreff und Samstagsfoot - Einsatz für die Schwächsten; wir vernetzen und engagieren uns über das Lokale hinaus – News von Flüchtlingen und aus unserer Arbeit - Info aus dem Vorstand.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Der letzte Newsletter wurde vor einem Jahr publiziert. Doch wenn wir publizistisch ruhig sind, so waren wir an der Front aktiver denn je: Wir engagieren uns auch für Asylsuchende und Flüchtlinge, die erst nach der Schliessung der NUK im Sommer 2017 auf irgend einem Weg den Kontakt zu uns gefunden haben: Der *Freitagstreff* und „*Samstagsfoot*“ sind nicht nur lokal, sondern regional attraktive Angebote (s. 2 und 3), unsere Beratungen in Integrationsfragen und bei asylrechtlichen und anderen Problemen sind weit herum gefragt. Viele „unserer Jungs“ aus der ehemaligen NUK in Niederscherli sind selbständig geworden und bereiten fast durchwegs Freude: viele sind bereits unabhängig von der Sozialhilfe, oder sie sind in einer hoffnungsvollen Berufsausbildung. Die meisten sprechen gut Deutsch. Dank grosszügiger Spenden konnten wir einige individuelle Projekte oder Gruppeninitiativen unterstützen (s. 8) und viele Einzelschicksale etwas erleichtern (s. 4), zunehmend arbeiten wir mit anderen gleichgesinnten Organisationen zusammen, wir vernetzen uns kantonale und national und engagieren uns – notgedrungen - politisch für Asylbewerber und Flüchtlinge (s. 8). Auch wie SIE mitmachen oder helfen können – falls Sie wollen, - berichten wir in unserem Artikel **“Zwischenbilanz nach vier Jahren“**. (siehe s. 4 ff).

Beachten Sie den Hinweis auf „Unsichtbar – die Geschichte von Vielen“ (s. 4 ff)

Jürg Schneider

Vorsitz, Vorstand offenes Scherli

Der Freitagstreff

Auch dieses Jahr hat an jedem 1. Freitag im Monat der „Freitagstreff offenes Scherli“ stattgefunden. Der Freitagstreff ist inzwischen zu einer festen Tradition geworden. Wir sind immer wieder von neuem erstaunt, wie sehr dieser Treff genutzt und geschätzt wird. An manchen Abenden waren wir bis zu fünfzig Erwachsene und ein gutes Dutzend Kinder. Viele der Asylsuchenden kommen regelmäßig, einige von weit her extra angereist. Immer wieder bringen sie auch Freunde mit. So konnte auch dieses Jahr manch wertvoller Kontakt geknüpft werden. Und immer wieder entsteht daraus auch ganz praktische Unterstützung im Alltag und Hilfe für die Integration in der Schweiz. Jeweils um 18h30 beginnt der Abend im Kirchgemeindehaus. Zuerst ist Zeit für den persönlichen Austausch. Dann gibt es eine offizielle „Runde“, wo neue Gäste willkommen geheißen werden, wichtige Informationen aus dem Asylwesen mitgeteilt werden, wo persönliche Erfolge gefeiert werden oder Fragen gestellt werden können. Um 20h00 gibt es dann immer ein feines Essen, das eine wechselnde Kochgruppe aus Asylsuchenden und Schweizern für alle kocht. So gibt es mal eritreisches Essen, mal afghanisch, mal schweizerisch, mal syrisch.... Durch den Unkostenbeitrag von Franken 6.- für Schweizer und Franken 3.- für Asylsuchende (Kinder gratis) ist dieses Essen selbsttragend.



Der Samichlaus am Freitagstreff, 6.12.2019 (Foto J.Schneider)

Daneben gibt es an diesen Abenden auch immer die Möglichkeit für persönliche Beratungsgespräche. Manchmal können Fragen direkt geklärt werden und nächste wichtige Schritte geplant werden – manchmal ist es einfach die Gelegenheit einen ersten Kontakt zu knüpfen und für ein ausführlicheres Gespräch ein Datum abzumachen.

Auch für das nächste Jahr ist der 1. Freitag im Monat jeweils im Kirchgemeindehaus reserviert. Ihr seid herzlich eingeladen vorbei zu schauen und dabei zu sein!

Jochen Matthäus

Samstagsfussball

Wir sind immer wieder erstaunt, wie zahlreich die Flüchtlinge immer noch jeden Samstag erscheinen, obwohl sie im ganzen Kanton verteilt sind und oft garstige Wetterverhältnisse herrschen. Auch bei Minusgraden und kaltem Regen laufen einige Protagonisten in kurzen Hosen und Ärmeln auf. Im Winter müssen wir regelmässig Schnee schaufeln und da reissen sie uns regelmässig die Schaufeln aus den Händen. Einige Flüchtlinge kommen regelmässig, andere von Zeit zu Zeit, wir sehen auch immer wieder neue Gesichter.



Bei Wind und Wetter – Samstagsfussball 21.12.2019 mit vier Mannschaften! (Foto J.Schneider)

Es geht hart zur Sache, wie dies beim Fussball halt ist und oft wird es auch hitzig aber am Schluss herrscht jeweils eine ausgelassene Stimmung. Die Flüchtlinge sind mittlerweile gut integriert und sprechen gut deutsch. Es ist schön für uns ihre Fortschritte bei der Integration zu sehen.

Anthony Neidhart

Zwischenbilanz nach vier Jahren – Kapitel 1: die Arbeit geht über das Lokale hinaus und wird vernetzter

Gegen Rückkehrzentren: „Prêles“ wurde verhindert – doch sind drei Mini-Prêles die Alternative? Von „echten“ und „unechten“ Flüchtlingen und wie man aus vorläufig Aufgenommenen Langzeitnothilfefälle macht.

Wie wir im letzten Jahr schon berichteten, verlagert sich der Schwerpunkt der Aktivitäten des Vereins neben den lokalen Aktivitäten wie Freitagstreff, Samstag Fussball, Patenbetreuung einzelner Flüchtlinge und Familien zunehmend auf Aktivitäten, welche wir vernetzt mit gleichgesinnten Einzelpersonen und anderen lokalen Organisationen im Kanton Bern und darüber hinaus angehen.



Die ehemalige Jugendstrafvollzugsanstalt Prêles – Tessenberg –dieser Standort zumindest blieb den „doppelt Negativen“ erspart!

So kämpften wir im Rahmen der „Aktionsgruppe Prêles“ erfolgreich gegen das unsinnige Projekt der Berner Regierung, alle abgewiesenen Flüchtlinge in der abgelegenen ehemaligen Jugendjustizvollzugsanstalt Prêles-Tessenberg zu konzentrieren, wo insbesondere die Langzeitnothilfebezüger zum Teil für Jahre „ausgelagert“ worden wären.

Der Grosse Rat versenkte das Projekt im Frühling 2019, doch die Regierung präsentierte vor kurzem mit drei „Mini-Prêles“ in Biel-Bözingen, Eschenhof-Ins/Gampelen und Aarwangen: Eine Art Ersatzlösung. Warum unsere Kritik an den Plänen der Regierung? Mit der Trennung der Zuständigkeit im neuen Asylverfahren zwischen Fürsorgedirektion und Sicherheitsdirektion soll die Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge neu geordnet werden: Wer einen negativen Asylentscheid erhalten hat, soll zukünftig nicht mehr in irgend einer Asylunterkunft leben, sondern in speziellen sog. „Rückkehrzentren“. Mit dem beschönigenden Namen wird vernebelt, dass sehr viele der Asylbewerber mit negativem Entscheid gar keine Ausreisemöglichkeit haben. Falls sie nicht untertauchen und - z.B. - in einem elendigen Waldcamp in Belgien kaputt gehen - bleibt ihnen nur der monate- und jahrelange, total perspektivlose Aufenthalt in einem solchen Camp. Wer behauptet, das überstrenge, ja menschenverachtende Regime sei notwendig, soll sich ein solches Camp ohne Hoffnung z.B. im Kanton Aargau ansehen. Bald werden wir sie wohl auch im Kanton Bern haben und seit kurzem wissen wir, dass die Regierung diejenige Organisation für den möglichst „günstigen“ Betrieb ausgewählt hat, welche sich Bewohner und Freiwillige wohl am wenigsten wünschten, die gewinnorientierte ORS.

Wer glaubt, es gebe nur „echte“ Flüchtlinge und solche, welche einen Aufenthalt in unserem Land nicht verdienen, der darf sich beim Schreibenden mal ein paar Dossiers ansehen, um zu begreifen, dass es neben Schwarz und Weiss sehr viel Grautöne gibt, wenn es um die Kategorisierung von Asylbewerbern geht. Den Eritreerinnen und Eritreern, den Tibeterinnen und Tibetern, christlichen oder oppositionellen Iranerinnen und Iranern, meist auch Afghanen, sowie Asylsuchenden aus vielen anderen Nationen, kann oft beim besten Willen nicht zugemutet werden, in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Die jüngeren, kräftigeren, wohlhabenderen unter den „Negativen“ werden deshalb versuchen irgendwie unterzutauchen, es bleiben die Schwächeren, die Frauen, die Kinder, diejenigen, welche nicht mehr die Energie haben, sich gegen ihr Schicksal aufzulehnen. Manchmal bleiben auch diejenigen, die dank illegaler Geschäfte hier überleben können. Das ist die traurige Konsequenz eines unsinnigen Systems. Wir versuchen im Rahmen der ehemaligen Aktionsgruppe Prêles, welche sich in Aktionsgruppe Nothilfe umbenannt hat (vergl. www.ag-nothilfe.ch) die Pläne des SEM und der Polizei- und Militärdirektion (POM) kritisch zu begleiten.

Wir haben erlebt, wie einige der von uns betreuten Asylbewerber nach mehreren Jahren Wartezeit, nach erfolgreicher Integrationsarbeit, zum Teil mitten aus der Berufslehre oder Ausbildung heraus, in die Perspektivlosigkeit von Nothilfebezügern zurückgeworfen wurden. Durch Entscheide, die zwar „rechters“ sind, z.T. jedoch auf rechtlich fragwürdiger Basis stehen: Zwei Frauen aus Eritrea werden nach zwei Jahren vorläufiger Aufnahme plötzlich neu beurteilt, weil es politisch opportun ist, gegen Eritreer streng zu sein. Ohne, dass sich die Menschenrechts- und Sicherheitssituation in ihrem Heimatland im Geringsten gebessert hätte, sind sie nun plötzlich „Negativ“ und werden zu administrativ verordneten Langzeitnothilfefällen, welche aus Ausbildung, Job und freiwilligen Arbeitseinsätzen ausscheiden müssen, um von sFr. 8.50 Nothilfe in einem Rückkehrzentrum zu leben. Eine 15-jährige Jugendliche wird mit einer fragwürdigen Handknochenanalyse zur 18-jährigen Erwachsenen gemacht, um zu vermeiden, dass ihr ein Beistand zur Seite gestellt werden muss. Sie wird in Arabisch befragt, statt in ihrer Muttersprache, dabei hat sie nur ein halbes Jahr im Sudan gelebt und kennt Arabisch etwas aus der Koranschule. Die UNO-Menschenrechtskommission rügt Befragungen in fremden Sprachen, die Schweiz lässt sie zu und erklärt sie rechters, „weil man keinen geeigneten Übersetzer findet“.

Zwei Jahre später wird dieselbe Person, nun eine junge Frau, von „F“ zu „Negativ“ zurückgestuft, ob die Verfahrensfehler von früher beschwerdefähig sind, bleibt zur Zeit aus verfahrensrechtlichen Gründen noch fraglich. Wir sind - aus dieser kritischen Beurteilung der Asylverfahren - der Auffassung, dass Langzeithilfebezüger nicht in „Rückkehrzentren“ gehören: es ist ihnen sehr oft nicht zuzumuten, zurückzukehren, viele sind traumatisiert. Von höchster Priorität ist zudem der Zugang der Zivilgesellschaft zu Zentren und Bewohnern. Die jetzt vom Kanton beauftragte ORS ist Meister im Unterbinden dieser Kontakte. Ohne offenen Zugang der Zivilgesellschaft zu Zentren und Bewohnern wird es über kurz oder lang zu Zuständen kommen, wie man sie bereits in früheren Jahren erlebt hat: Bei den „administrativ Versorgten“ des 20. Jahrhunderts entschuldigen sich nun Politikerinnen und Politiker mit Krokodilstränen, gleichzeitig etablieren sie ein unmenschliches „Rückkehrregime“ und harte Ausschaffungspraktiken. In Gampelen/Ins und Aarwangen gibt es kaum eine erfahrene Freiwilligen-Organisation. Frauen, Kinder, psychisch stark belastete Personen sind in grossen, abgelegenen Rückkehrzentren besonders gefährdet. Das Bundesgericht forderte vor kurzem den Besuch öffentlicher Schulen für Kinder. Wie will man dies in Aarwangen oder Gampelen gewähren? Am 10. Dezember 2019



Pressekonferenz: Eine Lehre eine Zukunft – mit (von links) Sayed Nabilzadeh, Grossrat Köppli/GLP, Jürg Lüthi/FDP (Lehrmeister), die frischgewählte Ständerätin Lisa Massone /Grüne und Tesfom Andemariam (Bild J. Schneider)

präsentierte die Menschenrechtsorganisation ACAT zum Thema „Eritrea“ eine Petition, die wir zum Mitunterschreiben dringend empfehlen: vergl. https://www.acat.ch/de/aktiv_werden/kampagnen/menschenrechtstag/

Un apprentissage – un avenir!:

Neben den Aktivitäten rund um die kantonalen Rückkehrzentren beschäftigte uns im vergangenen Jahr besonders das Schicksal derjenigen Asylsuchenden, welche eine Integrationslehre oder Berufslehre begonnen hatten und nun – nach jahrelangem Warten - plötzlich einen Negativentscheid erhielten. Auch hier arbeiteten wir in Zusammenarbeit mit unseren Mitstreitern der Aktionsgruppe Nothilfe und darüber hinaus in enger Koordination mit Vertretern der Reformierten Kirche, weit über die Kantons- und Sprachgrenzen hinaus. Eine Gruppe in der Romandie lancierte eine Petition „un apprentissage – un avenir“, welche - auch mit unserer Unterstützung - weit mehr als 10'000 Unterschriften zählte. Die Petition wurde im November kurz vor der Wintersession des Grossen Rates dem kantonalen Parlament und der Bundeskanzlei übergeben. Stark unterstützt von der Politik von links bis weit rechts, begleitet von der medialen Präsentation von Fällen solcher Lehrlinge, erhielt eine erste Anpassung politisches Oberwasser: gegen den Widerstand des zuständigen Regierungsrats beschloss der Grosse Rat in der ersten Dezemberwoche eine Anpassung der kantonalen Ausführungsbestimmungen zur Asyl-, Ausländer- und Integrationsgesetzgebung. Der Kanton ist nun ausdrücklich verpflichtet, für Asylbewerber mit negativem Bescheid eine Härtefallregelung beim Bund zu beantragen, wenn sich diese jungen Leute in einer beruflichen Ausbildung befinden. Der Antrag fand im Grossen Rat ein Mehr von 90 gegen 52 Stimmen.

The screenshot shows the website of the Grand Council of Bern (Grosser Rat Bern) with the following information:

- URL: <https://www.gr.be.ch/gr/de/index/sess>
- Search: grosser rat bern
- Navigation: Erste Schritte, Daten, Elsi besuchen | Tea..., Miles & More sicher..., CEO Practice - Ego..., Neuer Tab, Sie sind jetzt abgem...
- Left sidebar: Sessionsprogramm, Sessionsunterlagen, Anträge und Planungserklärungen, Beschlüsse und Tagblatt, Audioübertragung, Audioarchiv.
- Right sidebar: Parlementsdienste des Grossen Rates des Kantons Bern, Postgasse 68, Postfach 3000 Bern 8, Tel. +41 31 633 75 75, Fax +41 31 633 75 88, Kontakt per E-Mail, Kontaktformular.
- Main content: Grossratssaal angezeigt. Zu sehen sind: Traktanden- und Geschäftsnummer (Details dazu finden Sie unten), Rednerin / Redner (grün), Rednerliste, Abstimmungsdetails.
- Vote results (black box):
 - Ja / Oui: 90
 - Nein / Non: 52
 - Enth. / Abst.: 5
 - Trakt.-Nr. / No: 86
 - Gesch.-Nr. / No de l'affaire: 2017.POM.656
 - Time: 14:39
- Bottom: Sessionsdaten table with columns for Montag (25.11.2019, 13.30-16.35), Dienstag (26.11.2019, 09.00-11.45), Mittwoch (27.11.2019, 09.00-11.50), and Donnerstag (28.11.2019, 09.05-11.50).

Der Kanton muss für Lernende in Ausbildung mit negativem Asylentscheid ein Härtefallgesuch stellen – Resultat der Abstimmung im Grossen Rat des Kantons Bern am 1. Dezember 2019-12-14 (Screenshot J. Schneider, www.gr.be.ch)

Auch in Zukunft werden sich lokale Gruppen wie unsere zunehmend regional, kantonal und sogar national weiter vernetzen müssen. Ein menschenrechtlich akzeptable Asylpraxis ist nur möglich, wenn wir – die wir durch den direkten Kontakt zu den Flüchtenden direkt mit ihrer Situation vertraut sind – neben der Arbeit auf lokaler Ebene auch den Mut haben, kritisch die Vorgänge innerhalb der Asylzentren zu beobachten und wenn wir uns aufrufen – auch wenn unsere

primäre Motivation dem lokalen Engagement galt – uns über das Dorf hinaus zu vernetzen und auf eidgenössischer Ebene für eine realistische aber menschliche Politik engagieren. Ich danke unserem Vorstand, dass er unsere Aktivitäten immer mit Überzeugung mitgetragen und voll unterstützt hat.

Zwischenbilanz nach vier Jahren – Kapitel 2: Viele Rechtsfälle und Unterstützung in der Nothilfe

Während 2018 nur einzelne Asylsuchende um unsere Hilfe nachsuchten, hat sich 2019 die Arbeit in diesem Bereich vervielfacht. Es ist offensichtlich, dass das Staatssekretariat für Migration (SEM) bemüht war, die grosse Zahl der 2015 um Asyl nachsuchenden Fälle endlich zu entscheiden. Die Entscheidzahlen nahmen also rasch zu. Die von den Kirchen finanzierte Rechtberatungsstelle für Menschen in Not (RBS) am Eigerplatz wurde zudem beauftragt, auch die Rechtsberatung der neu ankommenden Asylsuchenden, welche nun im Rahmen des neuen Asylverfahrens im Bundeszentrum in Bern (Ziegler) untergebracht wurden, sicherzustellen. Viele Asylsuchende suchen deshalb Hilfe bei Freiwilligen, wenn sie von einer solchen Stelle wegen „Chancenlosigkeit“ abgewiesen werden: sie verfügen weder über Mittel, um sich einen Anwalt zu leisten, noch haben solche Anwälte oft freie Kapazitäten. In Bern gibt es hier u.a. das Solidaritätsnetz Bern, welche grossartigen Einsatz leistet, für Flüchtlinge aus dem Horn von Afrika (Eritrea, Äthiopien, Sudan, etc.) auch „Give-a-Hand“ der hervorragenden leistenden Annelies Djellal und ihrer Mitstreiter, doch auch dies langt nicht, um den Bedarf abzudecken. Nachdem wir deshalb zuerst in einzelnen Fällen v.a. bei der Beweis- und Faktensuche für Beschwerden mitwirkten, begannen wir in einzelnen Fällen – falls keine andere Möglichkeit vorhanden war – selbst im Namen der Betroffenen Beschwerden zu erstellen und einzureichen. Mit nicht geringem Erfolg. Ziel ist immer eine möglichst professionelle Lösung: Wir suchen nicht eigene Fälle: wir unterstützen anwaltschaftliche Lösungen und versuchen Finanzierungsmöglichkeiten dafür zu finden. Nur wenn alle Lösungen unmöglich sind greifen wir selber zum PC! Grösste Probleme momentan sind die Unterbringung der Nothilfebetroffenen sowie die Finanzen: es braucht Geld für Anwaltskosten, Übersetzungen, Transportkosten (damit die Betroffenen noch in den freiwilligen Deutschunterricht oder ab und zu Freunden können). Deshalb:

Spenden sind nicht unerwünscht:

„Offenes Scherli“ verzichtet bewusst auf Mitgliederbeiträge. Doch für verschiedene Zwecke sind wir trotzdem froh, wenn ab und zu eine Spende ins Vereinskässeli fliesst. Sei es für die Kautions bei einer Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht, sei es für ein Chlauspäckli, etc. Ihre Spende nehmen wir gerne entgegen, auf unser PC Konto 61-640181-5 oder

IBAN: CH68 0900 0000 6164 0181 5, Verein offenes Scherli.

Herzlichen Dank!